



E-Mail an deine Bundesratsmitglieder und andere Partei-Vertretenden

Hinweis zur Benutzung

Du kannst gerne unseren Entwurf einer E-Mail an die Bundesratsmitglieder und andere Partei-Vertretenden auf den folgenden Seiten in dein E-Mailprogramm kopieren und den aufgeführten Betreff (diesen am besten etwas abgeändert) einfügen. Füge dann den Namen des:der Partei-Vertretenden sowie deinen eigenen Namen und dein Bundesland hinzu (**siehe pinke Markierungen auf den nächsten Seiten**).

Unterschreibe die E-Mail unbedingt mit deinem vollständigen Namen. Dies gibt der E-Mail mehr Gewicht als eine anonyme Nachricht.

Anregungen für eine persönliche E-Mail

Wenn du unseren Emailentwurf personalisieren möchtest oder eine eigene persönliche E-Mail formulieren willst, findest du hier einige Anregungen:

- Du kannst gerne im ersten Abschnitt etwas über dich erzählen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn du zur Partei des:der Partei-Vertretenden oder klassischen Wähler:innengruppe der Partei gehörst.
- Du kannst auch gerne anfügen, wenn du dich, z.B. im Sportverein, der Kirche, Schule, Altenhilfe, oder in anderen Vereinen oder Initiativen engagierst.
- Du kannst auch weitere Gründe aufzählen, warum du für ein AfD-Verbot bist. Auch dein persönlicher Bezug kann hilfreich sein. Noch mehr Argumente findest du hier: <https://afd-verbot.jetzt/de#arguments>.
- Du kannst auf Positionen des:der Partei-Vertretenden Bezug nehmen und erläutern, weshalb ein Eintreten für ein AfD-Verbot für die Person konsequent wäre.

BITTE ALS ANREDE DEN NAMEN DES:DER PARTEI-VERTRETENDEN SOWIE DEN EIGENEN NAMEN UND DAS BUNDESLAND, AUS DEM DU KOMMST, EINFÜGEN UND DIESEN GROSSGESCHRIEBENEN SATZ DANN LÖSCHEN. DANKE!

Betreff: Setzen Sie sich jetzt für ein AfD-Verbotsverfahren ein!

Sehr geehrte:r [Name],

ich schreibe Ihnen aus **Bundesland XY**, um Sie zu bitten, sich für eine Überprüfung der AfD auf Verfassungsmäßigkeit (sog. Parteiverbotsverfahren) einzusetzen.

Die AfD ist keine Partei wie jede andere. Das muss spätestens nach der Einstufung durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ klar sein. Sie greift den Sozialstaat, die Gerichtsbarkeiten und unser Grundgesetz an. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima in unserem Land: Straftaten gegen migrantisch gelesene, queere und politisch aktive Menschen nehmen zu. Dies zeigt auch eine jüngst vorgestellte Bilanz des Bundeskriminalamts und Bundesinnenministeriums. Danach steigt die Zahl rechts motivierter Straftaten um fast 50 Prozent zum Vorjahr an. Und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärt, dass bei den inzwischen 50.000 Parteimitgliedern von einer ideologischen Harmonisierung auszugehen ist und damit entsprechend ein „extremistisches“ Personenpotenzial vorherrscht.

Die gesamte AfD mit ihrem "ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis" ist nicht "mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar", so das Gutachten des Verfassungsschutz. Aus meiner Sicht bestätigt das nur, was schon lange klar ist. Zahlreiche renommierte Verfassungsrechtler:innen und über 600 Jurist:innen attestieren einem Verbotsverfahren gegen die AfD gute Erfolgsaussichten. Auch das Bundesverfassungsgericht scheint Handlungsbedarf zu sehen. Denn in einem Beschluss des Plenums vom 11.09.24 haben beide Senate die Entscheidung des Bundestags begrüßt, die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts durch das Grundgesetz zu stärken, damit sie vor autokratischen Angriffen besser geschützt sind. Daher fordere ich Sie auf: Machen Sie sich jetzt dafür stark, dass der Bundesrat seiner Verantwortung nachkommt, Demokratie und Menschenwürde zu schützen und ein Verbotsverfahren gegen die AfD einleitet!

Die Einleitung eines Verbotsverfahrens steht zudem nicht im Widerspruch zu einer politischen Auseinandersetzung mit der AfD. Selbstverständlich müssen Politik und Bevölkerung den menschenfeindlichen Positionen der AfD auch weiterhin entschlossen entgegentreten. Mit Blick auf die bisherige Entwicklung ist allerdings klar, dass wir uns auf den inhaltlichen Diskurs allein nicht verlassen dürfen. Keinesfalls wird die AfD zurückgedrängt, indem ihre menschenverachtenden Positionen übernommen werden.

Die Lage ist ernst: Wir müssen jetzt alle Mittel der wehrhaften Demokratie nutzen, um die Menschenwürde zu verteidigen! Deshalb fordere ich Sie auf, aktiv zu werden, bevor es zu spät ist. Werden Sie sich für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD stark machen?

Ich freue mich auf Ihre Antwort und bitte Sie, die Kampagne www.afd-verbot.jetzt (email: abgeordnete@afdverbot.jetzt) dabei in CC zu setzen, damit sie auch auf der

Webseite der Kampagne zugänglich gemacht werden kann. Ich danke Ihnen vielmals und hoffe auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen,

XY aus ABC (Wahlkreis DE)